



Ausblick auf das Jahr 2018

## Der Teufel steckt im Detail

Nach dem Regierungswechsel im letzten Jahr sind etliche polizeiliche Themen im Fluss. Der Koalitionsvertrag beinhaltet Themen, die 2017 angefangen wurden und in 2018 fortgesetzt werden sollen. An dieser Stelle will ich kurz auf Sachstände und gewerkschaftliche Erwartungshaltungen eingehen.

Ein wichtiges Thema ist die Zusage von 500 zusätzlichen Stellen im Land. Die beiden Ausbildungsinstitutionen in Eutin und Altenholz werden in den kommenden Jahren bis an die Belastungsgrenze junge Menschen zu Polizeibeamtinnen und -beamten ausbilden. Aber, der Teufel steckt im Detail. Derzeit haben noch fast 200 Stellen im Polizeihaushalt einen so-genannten Kw-Vermerk (Kw = künftig wegfallend). Diese Kw-Vermerke

müssen weg, damit wir auch tatsächlich 500 und nicht nur etwas über 300 zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte im Land bekommen.

Auch die Frage, wie man dauerhaft ausreichend geeigneten Nachwuchs für den Polizeiberuf gewinnen kann, wird strukturell zu klären sein. Im Kampf um die besten Schulabgänger hat der Polizeiberuf zwar ein gutes Image, aber damit alleine ist es nicht getan. Es müssen Anreizsysteme geschaffen werden, damit junge Menschen den Polizeiberuf in Schleswig-Holstein ergreifen.

Eines ist für die DPoIG klar: Eine Herabsetzung der Zugangsvoraussetzungen darf nicht der Weg sein. Wir brauchen Leute, die körperlich und mental fit und charakterlich geeignet sind. Wer diese Gewähr bereits in der Ausbildung nicht bietet, darf gar nicht in ein Lebenszeitbeamtenverhältnis übernommen werden. Aber es gibt Bereiche, wo es neue Überlegungen geben muss. Da gehört für uns die Frage nach sichtbaren Tätowierungen dazu. Diese als K.o.-Kriterium

für eine Nichteinstellung zu überhöhen ist schlichtweg nicht mehr zeitgemäß. Auch bei der Gesundheitsprüfung gibt es aus Sicht der DPoIG Spielräume, beispielsweise in der Bewertung von Allergien als Ausschlusskriterium.

Auch die Frage, wo die zusätzlichen 500 Polizisten dann künftig eingesetzt werden sollen, wird 2018 zu klären sein. Gefühlt wurden an verschiedensten Stellen Bedarfe geäußert, die die 500 neuen Stellen schon überschritten. Eine Klärstellung der Ministeriumsspitze war angemessen, die 500 Stellen werden für die Bereiche Einsatz, Präsenz, Prävention und Ermittlungen verwendet. Gemeinsam mit den Behördenleitern wird man einen Verteilmodus erarbeiten. Allerdings ist für die DPoIG auch klar, dass sich 500 zusätzliche Stellen erst einmal gigantisch anhören. Bei näherer Betrachtung relativiert sich das. Will man in jeder der sieben Polizeidirektionen nur einen Streifenwagen zusätzlich rund um die Uhr in den Einsatz bringen, wird man dafür schon alleine über 90 Stellen aufwenden müssen.

Aus diesen zusätzlichen Stellen sollen auch Reduzierungen der wöchentlichen Arbeitszeit für langjährig Schichtdienstleistende kompensiert werden. Das ist vernünftig und entspricht gewerkschaftlichen Forderungen. Aber auch da liegt der Teufel im Detail.

Zum 1. März soll das losgehen, aber in der Vorbereitung der Maßnahme (und in der Begründung zur Änderung der AZVO) gehen die Begrifflichkeiten Wechselschichtdienst und Schichtdienst durcheinander. Eine lange angemahnte verlässliche Bewertung von Pooldiensten als Wechselschichtdienst wurde bisher versäumt. Im Moment geistern abenteuerliche Definitionsversuche herum, die den Eindruck erwecken, man will möglichst wenig Menschen die Arbeitszeitverkürzung tatsächlich gewähren.

Für die DPoIG ist es klar wie Kloßbrühe: Wer wechselnde Dienstzeiten hat und regelmäßig an Werktagen sowie an Sonn- und Feiertagen eingesetzt wird und dabei über Jahre hinweg eine hohe Nachtdienstbelastung hat, muss unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten Anspruch auf eine Arbeitszeitreduzierung haben. Hier Grenzwerte fest-

### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail:  
thomasnommensen@aol.com  
Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061  
Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolgsh](http://www.facebook.com/dpolgsh)



ISSN 0937-4841

zulegen scheint keine sehr schwierige Aufgabe zu sein. Jedenfalls haben wir die Problematik der Ministeriumsspitze aufgezeigt und uns auch im Stellungnahmeverfahren zur Änderung der AZVO festgelegt. Im Zentrum der Betrachtung steht die Gesundheitsschädlichkeit von Schichtarbeit und nicht personalwirtschaftliche Betrachtungen.

Einen ähnlichen Sachstand haben wir derzeit in der Frage von Rüstzeiten. Die Rechtslage ist klar. Das Anziehen der Uniform ist keine Dienstzeit, das An- und Ablegen von dienstlich notwendiger Ausrüstung hingegen ist Dienstzeit.

Dieser Aufwand mit Anlegen der Schutzausrüstung und Bewaffnung ist innerhalb der

Dienstzeit zu erledigen, hierfür sind vor Ort entsprechende Regelungen zu treffen. Hier bedarf es zügig beamtenfreundlicher Verfahrensregelungen, auch in der Bewertung zurückliegender Anspruchszeiten. Wer jetzt „Kompensationsgeschäfte“ andenkt, zum Beispiel durch Andersbewertung von Pausenzeiten im Reaktionsdienst, ist auf dem Holzweg.

Für den Landesvorstand der DPoIG ist klar, dass 2018 das Jahr der konkreten Umsetzungsschritte sein muss. „Nicht schnacken, sondern anpacken“, an diesem Motto soll sich die Landesregierung 2018 messen lassen.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

## Polizeibeauftragte erhält die notwendige Rechtsklarheit für ihre wichtige Tätigkeit

*Ein Kommentar von Thomas Nommensen,  
stellvertretender Landesvorsitzender*

Im Oktober 2016 trat die per Gesetz vom Landtag eingesetzte Polizeibeauftragte Samiah El Samadoni ihr Amt an.

Die Schaffung des Amtes war umstritten und beschäftigte nicht nur den politischen Raum sondern auch die Polizeigewerkschaften. Auch die DPoIG zeigte sich zunächst kritisch und lehnte die Institution, welche scheinbar überflüssig zu sein schien, anfänglich ab.

Befürchtet wurde allenthalben, dass es eine Vielzahl von Beschwerden von Bürgern über Polizeibeamte und -behörden geben würde, die womöglich unbegründet seien und vielmehr die Arbeit der Polizei lähmen könnten.

Bereits wenige Monate nach Aufnahme der Tätigkeit der Polizeibeauftragten stellte sich diese Sorge als offensichtlich unbegründet heraus. Vielmehr wurde schnell klar, dass der deutliche Löwenanteil der Eingaben im Kieler Büro der Beauftragten Beschwerden von Kolleginnen und Kollegen über handfeste Missstände in der Landespolizei sind.

Die Befürchtung, eine Polizeibeauftragte handelt womöglich voreingenommen zuungunsten der Polizei, hat sich in der Praxis nicht bewahrheitet. Nach gut einem Jahr ist festzustellen, dass die Kollegen, die ihre Hilfe in Anspruch genommen haben, ausgesprochen positive Erfahrungen machten.

Mittlerweile liegt die Anzahl der Eingaben von Polizeibeamten bei Samiah El Samadoni bei über 200. Diese erhebliche Anzahl muss aus Sicht der DPoIG zu Erkenntnissen führen und kann nicht wegdiskutiert werden.

Bei den Beschwerdeführern handelt es sich übrigens nicht



um „Querulanten“, die sich über Petitionen im Dienstbetrieb oder über ihre Kollegen beschwerten. Vielmehr stellte sich heraus, dass das Thema Mobbing in der Landespolizei, welches im Jahr 2017 verstärkt durch die sogenannte „Rocker-Affäre“ im LKA auf die Tagesordnung kam und in diesem Zusammenhang ebenfalls die Polizeibeauftragte beschäftigt, offenbar in vielen Bereichen ein sehr präsent ist. Ein strukturelles Problem bei der Konfliktlösung in der Polizei ist aus Sicht der DPoIG klar erkennbar.

Während die DPoIG bereits im Frühsommer 2017 zur Kenntnis

nahm und kommunizierte, dass es offenbar einen deutlichen Bedarf für die Institution gibt und die Beauftragte sowie ihre Mitarbeiterinnen eine wichtige Tätigkeit mit großem Engagement und Unabhängigkeit ausführen, wurde von der Polizeiabteilung des Innenministeriums zum 1. Juni des Jahres quasi über Nacht ein Erlass zur Zusammenarbeit mit der Polizeibeauftragten in Kraft gesetzt. Dieser Erlass sollte ihre Rechte scheinbar beschneiden und demgegenüber ihre Berichtspflichten gegenüber dem Ministerium ausweiten.

Nicht wenige gewannen den Eindruck, dass El Samadoni im



Zuge ihrer Tätigkeit beim Thema „Rocker-Affäre“ zu unbehaglich geworden war und man sie damit gängeln wollte. Eine Vorgehensweise, die selbstverständlich mit dem Bürger- und Polizeibeauftragengesetz Schleswig-Holstein überhaupt nicht in Einklang zu bringen ist. Es entstand mehr als ein scharfer Beigeschmack!

In den folgenden Wochen entwickelte sich ein teilweise öffentlich ausgetragener Streit zwischen Samiah El Samadoni, welche sich massiv zur Wehr setzte, und dem damaligen Leiter der Polizeiabteilung im Ministerium, Jörg Muhlack.

Schlussendlich wurde der Erlass von der neuen politischen Führung des Innenministeriums, Minister Hans-Joachim Grote und Staatssekretär Torsen Geerds (beide CDU), nach einiger Zeit wieder vom Markt genommen.

Ende Dezember 2017 wurde von der kommissarischen Lei-

terin der Polizeiabteilung, Dr. Silke Detering, und in Einklang mit Grote und Geerds ein neuer und in wesentlichen Teilen überarbeiteter Erlass zur Zusammenarbeit mit der Polizeibeauftragten in Kraft gesetzt. Es wird darin nicht nur deutlich, dass sich der Minister und sein Staatssekretär hinter die Beauftragte stellen. Vielmehr wird klargestellt, welche umfassenden Rechte zur Akteneinsicht sie hat und dass sie auch ohne konkrete Beschwerden aus eigener Initiative tätig werden kann. Zudem wird in dem neuen Erlass deutlich, dass die Beauftragte auf Wunsch der Beschwerdeführer strikte Vertraulichkeit garantieren kann und sie nur sehr eingeschränkte Berichtspflichten gegenüber Ministerium oder Behörden hat.

Aus Sicht der DPoIG ist das ein folgerichtiger und konsequenter Schritt!

Personalratsgremien, Gewerkschaften sowie auch Seelsor-

ger und Psychologen haben zweifellos wesentliche und wichtige Aufgaben innerhalb der Landespolizei. Wie jedoch das vergangene Jahr deutlich zeigt, reicht das alleine zur Konfliktlösung in allen Ebenen nicht aus. Zur Erreichung einer besseren (Führungs)kultur in der Landespolizei bedarf es außerdem einer engagierten, unabhängigen und nicht an Weisungen gebundenen Institution, wie sie die Polizeibeauftragte ist.

Und es reicht eben auch nicht aus, wenn die Kollegen aus dem Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf ihren Internetseiten und in der Mitgliederzeitschrift darüber wortreich fabulieren, dass man sich gelegentlich mit Samiah El Samadoni getroffen und nett unterhalten habe, man die Institution Polizeibeauftragte aber dennoch weiterhin ablehne.

Das Unverständnis über das beharrliche Zurückweisen des

Erfordernisses dieser Einrichtung durch manche wird umso größer, wenn doch parallel die öffentlichen Erkenntnisse über die Mobbingvorwürfe gegen Führungskräfte im LKA im Zuge der „Rocker-Affäre“ stetig konkreter wurden und absehbar durch den in Kürze an den Start gehenden Parlamentarischen Untersuchungsausschuss weiter werden.

Die Polizeibeauftragte verdient nicht nur höchste Anerkennung, sondern benötigt auch jede Form der Unterstützung! Die DPoIG wird ganz sicher sowie ohne Wenn und Aber ihren Teil dazu beitragen, diese Unterstützung zu gewährleisten und sich weiter für eine bessere Landespolizei einsetzen. Durch die anstehenden Neubesetzungen der Posten des Abteilungsleiters im Innenministerium sowie des Landespolizeidirektors besteht zudem die Aussicht, dass sich die Polizei im Land auch in diesem Punkt neu und offener aufstellen wird. ■

## Silvesteraktion des Kreisverbands Itzehoe



Mittlerweile ist es bereits zur Tradition in Steinburg und Dithmarschen geworden: Alljährlich in der Silvesternacht erhalten die Kolleginnen und Kollegen eine kleine, süße Überraschung von der DPoIG.

Damit werden im Namen des Kreisverbandsvorstands die

besten Grüße und Wünsche für das neue Jahr überbracht.

Der Kreisverband Itzehoe spendiert allen Dienststellen im Bereich der PD Itzehoe, die in dieser Nacht besetzt sind, Körbe, die prallvoll mit kleinen Leckereien und Naschereien gefüllt sind.

Dies soll ein kleines Zeichen der Wertschätzung für diejenigen sein, die eben nicht im Kreise ihrer Angehörigen das neue Jahr begrüßen können, sondern auf der Straße die Einsätze erledigen und damit dafür sorgen, dass alle anderen sicher feiern können.

Aus den dabei bedachten Bereichen der

Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei in den Kreisen Dithmarschen und Steinburg erhielten wir wieder sehr positive Rückmeldungen, die uns bestärken, diese Aktion auch in den nächsten Jahren wieder durchzuführen.

Frank Hesse,  
Kreisverband Itzehoe





# FEST mit der Polizei



DPoIG DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im dbb  
LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

mit **Großer Tombola**



Zum Tanz spielt **Bella Musica**

am Samstag, den 3. März 2018 in Kiel  
im HOTEL KIELER YACHT CLUB

Kiellinie 70, 24105 Kiel · Telefon: 04 31 / 88 13 - 0

Einlaß: 19.00 Uhr · Beginn: 20.00 Uhr

Kartenvorverkauf: Deutsche Polizeigewerkschaft, Muhliusstr. 65 in Kiel,  
Telefon 04 31 / 2 10 96 62, E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de), Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)